

## **Begrüßung und Moderation Jutta Kausch Demonstration 3. Oktober 2023**

Bevor ich euch begrüße, eine Vorbemerkung:

Seit den 80er Jahren stand und steht die Friedenskoordination Berlin immer an der Seite der Antifaschisten, wandte und wendet sich immer gegen Nationalismus, Rassismus, Holocaust-Leugnung und Antisemitismus. Wir setzten und setzen uns für Abrüstung ein, immer. Das macht für uns auch ein Zusammengehen mit der AfD unmöglich. Das zur Klarstellung.

3. Oktober, Tag der Deutschen Einheit. Nationalfeiertag.

Willkommen hier vor dem Auswärtigen Amt, in der Annalena Baerbock residiert. Wir haben unsere Route bewusst gewählt. Wir werden heute die Ampel besuchen. Erstmal hier Annalena Baerbock von den Grünen, dann besuchen wir Lindner von der FDP im Finanzministerium und schließlich gehen wir zum Willy-Brandt-Haus, zur SPD.

Der 3. Oktober ist ein Feiertag, der uns immer an die Aufhebung der Trennung der beiden deutschen Staaten erinnern soll. Die Wiedervereinigung, wie es im Volksmund heißt, oder der Beitritt der DDR in die BRD, oder auch von einigen als Annexion empfunden, wurde durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen DDR und BRD einerseits sowie den vier Alliiertenmächten Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und USA andererseits 1990 beschlossen.

Kern des Zwei-plus-Vier-Vertrages war, ein gemeinsames friedliches Europa zu errichten, in dem „die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt werden müssen“ und „das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ Was für eine Vorstellung! Deutschland als Friedensmacht! Kaum zu glauben!

Die Illusion währte auch nicht sehr lang. Eine Beteiligung am Jugoslawienkrieg auch ohne Auftrag durch die Vereinten Nationen oder gar in Übereinstimmung mit unserer Verfassung verkaufte uns eine sozialdemokratisch-grüne Regierung als Kampf zur Verhinderung eines zweiten Auschwitz.

Wir sehen heute keinen Grund zu feiern! In Europa tobt wieder ein Krieg. Und der fiel nicht einfach ohne Grund vom Himmel, sondern hat seine lange traurige Vorgeschichte. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, bzw. seines Rechtsnachfolgers Russlands wurden von Anfang an nicht ernst genommen, das geplante europäische Haus von Wladiwostok bis Lissabon nicht gebaut.

Spannungen statt Entspannung prägen die Jahre nach der Wiedervereinigung und heute ist die Bundesregierung samt Parlament enthusiastisch beim Krieg in der Ukraine dabei.

Das Engagement unserer Regierenden mit Unterstützung von Kriegspropaganda, die Dämonisierung Russlands und Putins (so nannte es vorgestern Günter Verheugen auf einer Konferenz) und die unausgewogene Berichterstattung unserer Leitmedien grenzt an aktive direkte Kriegsbeteiligung: Deutschland beteiligt sich an Sanktionen, liefert Waffen, bildet aus, es gibt sogar Gerüchte, dass Söldner und Bundeswehrsoldaten direkt beteiligt sind.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik! Wir stehen hier vor dem Ministerium unserer begnadeten Außenministerin, die ja vom Völkerrecht kommt, davor aber schon weit weggerannt ist. Unsere höchste Diplomatin, die auch die Diplomatie lange hinter sich gelassen hat.

Sie ist angetreten, um die wertebasierte Ordnung durchzusetzen mit ihrer feministischen Außenpolitik. Auf eine Anfrage von Andrej Hunko, Mitglied des Bundestags, was das denn sei, regelbasierte Ordnung, antwortete Staatsminister Michael Roth 2019:

„Die „regelbasierte Ordnung“ umfasst neben den rechtlich verbindlichen Normen des Völkerrechts auch rechtlich nicht bindende Normen, Standards und Verhaltensregeln. Dies sind zum Beispiel die pünktliche Zahlen von Beiträgen, die multilaterale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer

kooperativen Weltordnung oder informelle Zusammenschlüsse in Freundesgruppen oder Allianzen.“ Was ist eine kooperative Weltordnung? Wer kooperiert mit wem und welche Weltordnung ist gemeint?

Was sind informelle Zusammenschlüsse in Freundesgruppen und Allianzen?

Ist damit vielleicht die Atlantik-Brücke gemeint, in der Annalena Mitglied ist? Diese wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den USA und Deutschland?

Wo ganz wichtige Leute drin sitzen, z.B. Norbert Röttgen, Kai Diekmann oder James von Moltke, die vor allem eins haben, nämlich Werte. Viele Werte. Vor allem Geldwerte. Ist das so eine Freundesgruppe? Also ich zitiere Michael Roth weiter: „Der politische Begriff (von regelbasierter Ordnung) bezieht sich zudem auf verschiedene internationale Foren und ihre Entscheidungsregeln sowie Verhandlungsprozesse.“ Das sind vielleicht Foren wie die Münchner Sicherheitskonferenz? Da war ja Wolfgang Ischinger bis letztes Jahr der Boss. Und der ist auch in der Atlantik-Brücke.

Also nochmal, seid herzlich willkommen! Ich freue mich auf Barbara Majd Amin, Mitglied der AG Frieden in der GEW Berlin, die sich etwas genauer mit der Frau beschäftigt hat, die uns auf dem internationalen Parkett ins Unglück stürzt.

#### *Vor Finanzministerium*

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde 1990 nur deshalb möglich, weil US-Außenminister James Baker gegenüber Gorbatschow versprach, und das wurde vom damaligen Außenminister Dietrich Genscher von der FDP mehrmals öffentlich bestätigt, dass sich die NATO keinen Millimeter nach Osten ausweiten wird. Gorbatschow hat das geglaubt. Das allerdings war damals nicht wirklich so gemeint gewesen. Das war nur ein Trick, um zu sehen, ob man die Sowjetunion über den Tisch ziehen kann. In der FAZ konnte ich dazu lesen: „Sowohl Genscher als auch Baker wollten ihre Äußerungen von damals später nie als Versprechen interpretiert wissen. Genscher sagte 2009 dem „Spiegel“, er habe in seiner Tutzinger Rede der sowjetischen Führung „über die Hürde helfen“ wollen.“ War also genauso wenig ernst gemeint wie die Umsetzung von Minsk II 25 Jahre später, was wir ja von Angela Merkel und Francois Hollande ganz öffentlich und schamlos bestätigt bekommen haben.

Der Westen ist ein vertrauenswürdiger Partner, auf dessen Wort man sich verlassen kann, der Verträge einhält? Sieht nicht so aus.

Heute hat die FDP mit Lindner das Finanzministerium besetzt. Ist also verantwortlich für die Gelder. Lindner will die Schuldenbremse, er findet, dass die Ukraine den Krieg nicht verlieren darf, weil diese für die Friedens- und Freiheitsordnung in Europa insgesamt kämpft. Und sagt deshalb: „Die Zeiten haben sich gewendet: von der Zeit der Friedensdividende hin zur Zeit der Investition in Sicherheit, Freiheit und Frieden“, also weg von der Enthaltensamkeit bei der Aufrüstung, dafür den Gürtel eng schnallen im sozialen Bereich. So geht liberale Politik. So geht Sozialstaat.

Ich begrüße nun Harri Grünberg vom Aufstehen Trägerkreis e.V., er hat das Bündnis „Heizung, Brot und Frieden“ mit ins Leben gerufen und wird nun etwas sagen zum Zusammenhang zwischen Krieg und Sozialem.

#### *Vor dem Willy-Brandt-haus*

Wir stehen hier vor der Zentrale der SPD. Die stellt momentan den Bundeskanzler. Sozialdemokraten an der Regierung haben schon oft bewiesen, dass sie die zuverlässigsten Handlanger der Konservativen sind, dass sie Entscheidungen falsch treffen und die Dinge anpacken: Zum Beispiel: Der Radikalenerlass, die Forderung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, die Beteiligung am Jugoslawienkrieg und nun die „Zeitenwende“ von sozialer Verantwortung hin zu Kriegspolitik.

Wir sehen keinen Grund, heute zu feiern. Die symbolische Weltuntergangsuhr steht seit Januar 2023 auf 90 Sekunden vor zwölf. So nah am Abgrund einer weltumspannenden Katastrophe standen wir noch nie. Und das hat seinen Grund u.a. in dem Krieg, der in der Ukraine tobt. Der seinen Ursprung in den Wortbrüchen des vielbeschworenen Wertewesten hat. Wir haben es schon mehrmals heute gehört: NATO Osterweiterung. Das nun Gesamtdeutsche NATO-Mitglied unterstützt die, beteiligt sich an Großmanövern, stellt sein Territorium als Aufmarschplatz gen Osten zur Verfügung, duldet die Stationierung von Atomwaffen z.B. in Büchel, hat eine atomare Teilhabe, erlaubt den USA von ihren Stützpunkten wie Ramstein, Wiesbaden oder Stuttgart Kriege zu organisieren.

Willy-Brandt, unter dessen Regentschaft der Radikalenerlass entstand, der aber andererseits auch die Entspannungspolitik vertrat, würde sich heute im Grabe rumdrehen, sähe er die verheerende Ostpolitik seines Nachfolgers Olaf Scholz.

Jetzt spricht zu uns Rüdiger Göbel, er ist Publizist und Autor.